Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 150 Abendblatt. Freitag, den 29. März. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 27. März. Die Nachricht, welche von Geestemünde aus in den Blättern cirkulirt, daß die ganze preußische Marine Befehl erhalten habe, sich zur Indienststellung fertig zu machen, darf nicht als eine ungewöhnliche zur Beunruhigung Anlaß gebende, Maaßregel aufgefaßt werden, sondern beruhet einfach auf den gewöhnlichen Anordnungen für die Thätigkeit der Marine bei Eröffnung der Schifffahrt, wenn auch selbstverständlich die großen staatlichen Veränderungen in Bezug auf die energische Entwickelung des Marinewesens nicht ohne günstigen Einfluß sein können. Der „Staats-Anzeiger" wird jedenfalls heute oder morgen eine spezielle Uebersicht über die getroffenen Dispositionen bringen und allen etwaigen Zweifel über den Charakter der Anordnungen beseitigen. Vorläufig dürften freilich überhaupt solche Gerüchte über Rüstungen der preußischen Marine noch weniger Aufmerksamkeit erregen als derartige Anordnungen für die Kriegsmacht zu Lande. — Im auswärtigen Ministerium wird nicht mehr in Abrede gestellt, daß zwischen Frankreich und Holland Unterhandlungen über Luxemburg im Gange sind. Daß aus dieser Frage die Entstehung einer großen ernsten Verwickelung zu befürchten sei, läßt sich vorläufig kaum annehmen, da von den drei zunächst interessirten Staaten bis jetzt nicht das geringste Anzeichen von Beunruhigung sichtbar geworden ist. — Nach einem Bericht der Handelskammer von Elbing an das Ministerium haben die kriegerischen Ereignisse des vorigen Jahres zwar momentan einen erheblichen Einfluß auf das dortige Geschäft ausgeübt, aber dasselbe hat sich nach dem Friedensschluß auch schnell wieder erholt und auch das Getreidegeschäft hat daher im Ganzen wenig gelitten; selbst die Fabriken sind nicht wesentlich berührt worden und haben den Betrieb ohne vollständige Unterbrechung fortgesetzt. Von Bromberg ist ziemlich das Gleiche berichtet worden, namentlich soll das Getreide-Geschäft sehr gut gewesen sein. In Bezug auf diese Handelsbranche lautet desgleichen der Bericht der Stralsunder Handelskammer günstig; nur mit den Resultaten der Rhederei ist man nicht zufrieden; die Handelskammer klagt über Mangel an Beschäftigung, niedrige Frachtpreise und für weiteren Fahrten über Mangel an Mannschaften im vergangenen Jahre. Die Zahl der Schiffe haben sich aber dabei doch vermehrt und sei von 161 auf 175 gestiegen durch Neubauten auf preußischen Werften. Ueberhaupt habe die preußische Schiffsbau-Industrie einen großen Aufschwung genommen. — Der Berliner Times-Korr. hat eine Motivirung für die Veröffentlichung der Verträge mit Süddeutschland sehr weit hergeholt, obgleich sie doch so nahe liegt, wenn man erwägt, wie viel günstiger seit der Veröffentlichung die Stellung des Fürsten Hohenlohe selbst nach dem Ausspruch der Baierschen Zeitungen geworden ist. Der „Times" wird von hier geschrieben: Die Veröffentlichung sei jetzt erfolgt, weil man eine gefährliche Annäherung zwischen Frankreich und Rußland in Anlaß der orientalischen Frage gefürchtet habe. Die Unrichtigkeit sowohl der zu Grunde gelegten Thatsachen als der daraus gezogenen Schlüsse bedarf kaum das Beweises. Es fehlt bei dieser Motivirung in jeder Richtung die richtige Erkenntniß und Würdigung der Interessen.

— (B. B.-Ztg.) Wie wir hören, ist in neuester Zeit ein eifriger Depeschenverkehr zwischen dem hiesigen und dem italienischen auswärtigen Amte gepflogen worden, welcher der beiderseitigen Erkenntniß, daß gemeinsame Interessen eine eventuelle Solidarität in der Defensive geboten erscheinen lassen, entsprungen ist. Wir glauben guten Grund zu der Annahme zu haben, daß, falls es zu Verwickelungen zwischen Frankreich und Deutschland kommen sollte, Italien nicht passiv zuschauen, sondern eine derartige Gelegenheit mit Freude benutzen würde, um Savoyen und Nizza zurückzugewinnen, da der Verlust dieser vom Kaiser Napoleon dem König Viktor Emanuel abgedrungenen Wiege seines Geschlechts keineswegs verschmerzt ist, vielmehr um so tiefer empfunden wird, seit der nationale Stolz durch die Wiedervereinigung Venetiens mit dem übrigen Italien so lebhaft angefeuert ist.

— Die französische Loge Grand Orient hat den preußischen Logen mitgetheilt, daß für alle Freimaurer in ihrem Logenhause zu Paris ein Saal zu Zusammenkünften während der ganzen Dauer der Ausstellung zur Verfügung stehen wird, daß sie aber außerdem für den 15. Juni die Abhaltung eines allgemeinen Johannisfestes, eine Art internationalen Freimaurer-Kongresses, vorbereitet.

— Von Seiten des preußischen Kabinets ist bei der Pforte der Vorschlag der Freigebung der Insel Kandia, um ferneres Blutvergießen zu beseitigen, zur Erwägung gestellt worden. Ein gleicher Rath ist von Frankreich, Oesterreich und Rußland in Konstantinopel ertheilt worden.

— Der Gesammtausschuß des deutschen Sängerbundes hat den alle zwei Jahre abzuhaltenden Sängertag auf den 16. Juni nach Eisenach einberufen.

— Die Korvetten Hertha, Nymphe und Medusa werden, wie es heißt, mit dem Eintritt guter Jahreszeit zur Ausbildung von Schiffspersonal aller Dienstzweige in der Ostsee in Dienst gestellt; sie sollen ein Lehr- und Uebungs-Geschwader als Schule eines gleichmäßigen Dienstes in der Marine bilden. Die Korvette Gazelle wird nach der Rückkehr aus dem Mittelmeer dem Geschwader hinzutreten. Die Fregatte Thetis ist, unter gleichzeitiger Wahrnehmung des Dienstes als Wachtschiff, in Stelle der Fregatte Gefion zum Artillerieschiff bestimmt und hat, mit einem dazu gehörigen Dampf-Kanonenboot („Habicht"), die Uebungen als Artillerieschiff möglichst frühzeitig zu beginnen. Das Aviso Loreley und die beiden Dampf-Kanonenboote Basilisk und Wolf werden für die Vermessungen in der Nordsee in Dienst gestellt, sobald die Witterungsverhältnisse es erlauben; sie sollen so lange in Dienst verbleiben, als die Witterung den Arbeiten günstig ist. Das Panzerfahrzeug Arminius wird behufs Ausführung von Versuchen in Dienst gestellt.

— In Betreff des Dr. Michelis meldet der „Elb. Ztg." ein Privatbrief aus Kempen, daß dessen Wiederwahl dort außer Zweifel sei, vorausgesetzt, daß Herr Michelis nicht zum Voraus deren Annahme durchaus ablehne. Unter den Katholiken scheine jedoch eine Partei zu sein, welche seine Wiederwahl nicht wünscht.

Berlin, 28. März. (Norddeutscher Reichstag.) 21. Sitzung. (Schluß.) Abg. v. Below (gegen den Art. 21): Redner ist auf der Journalistentribüne äußerst schwer verständlich. Er empfiehlt schließlich ein Wahlgesetz nach Art des früheren Wahlgesetzes für die erste preußische Kammer, spricht für die Nothwendigkeit eines Oberhauses, der Ausschließung der Beamten, der Verweigerung von Diäten, und schließt mit der Hoffnung, daß die oben geschilderte gehobene Volksstimmung noch bis zu den Wahlen für den nächsten Reichstag vorhalten werde, der dann mit der Ruhe, die bei der Schaffung von neuen Verhältnissen doppelt nothwendig sei, ein definitives Wahlgesetz herstellen werde. — Abg. Grumbrecht: Auch ich, meine Herren, hatte und habe die größte Furcht vor den Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts, und wäre ich noch zweifelhaft gewesen, von welchem Standpunkt aus uns dasselbe geboten wird, so würden mir die Ausführungen des Abg. Wagener auch den letzten Zweifel darüber genommen haben. Man will es brauchen, um unserem Mittelstande entgegen zu treten, unserem Mittelstande, auf dem doch zum großen Theile die Entwickelung unseres Staates beruht. Daher erklärt sich die plötzliche Freundschaft mancher Konservativen für das allgemeine Wahlrecht. Soviel ist aber gewiß, wir müssen stehen und fallen mit dem allgemeinen Wahlrecht und ich will nur hoffen, daß nicht einmal die überwuchernde Demokratie Manches niederreißt, was wir jetzt aufbauen. — Die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit eines Oberhauses zu besprechen, halte ich nicht eher für am Orte, bis uns einmal ein Redner auch die Gründe dafür angeführt hat, wovon ich bisher nichts vernommen habe. Was die Ausschließung der Beamten betrifft — ein Punkt, der auch mich persönlich angeht, denn ich bin Gemeindebeamter, und nach der Fassung des Entwurfs werden ja auch diese bis zum niedrigsten Dorfschulzen herab von der Wählbarkeit ausgeschlossen, — so würde man in Hannover das gar nicht begreifen können, wo von jeher, namentlich die Gemeindebeamten, eine ganz andere Stellung eingenommen haben, als hier in Preußen. In Hannover betrachtet man dieselben fast als die geborenen Vertreter der Gemeinde. Aber wenn man Seitens der Regierung bei dieser Bestimmung auch nur die unmittelbaren Staatsbeamten im Sinne hatte, so kann ich doch nicht begreifen, wie man sich Angesichts der allgemeinen Stimmung in ganz Deutschland zu einer solchen Forderung hat entschließen können. Ich würde mir das gar nicht erklären können, wenn ich nicht vermuthete, daß diese Bestimmung eine Konsequenz der Erfahrung ist, die man in Preußen gemacht hat. Ich erkenne an, daß hier in Preußen der Widerstand gegen die Regierung hauptsächlich vom Beamtenstande getragen wurde; aber wenn dieser Umstand die preußische Regierung zu dieser allgemeinen Bestimmung verblendet hat, so handelt sie damit wie ein schlechter Arzt, der statt die Krankheit zu kuriren, das Symptom kurirt. Lassen Sie nicht Bestimmungen stehen, die so entschieden verurtheilt sind, sondern nehmen Sie vernünftige Verbesserungen an. (Bravo!) — Abg. Windthorst: Ich erkläre mich für öffentliche Stimmabgabe. Wer gegen sie spricht, zeugt damit nur gegen die Zulässigkeit des allgemeinen Wahlrechts. Die Ausschließung der Beamten ist unmöglich. In Hannover sind auch Stadt- und Kommunalbeamte Staatsbeamte, und die Bestimmung des Art. 21 würde dort nicht nur die aktiven, sondern auch die pensionirten und zur Disposition gestellten treffen, in Preußen sogar die Justiz-Kommissarien. Wir haben in unserer Mitte etwa 190 Beamte, die jetzt das Opfer ihrer eigenen Ausschließungen bringen sollen. Der Reichstag wahrt die Interessen der Einzelstaaten und der Aristokratie nicht, dazu bedarf es eines Oberhauses. Der Abg. Zachariä verdient den Dank, nicht den Hohn der Konservativen. Die Rechte der Standesherren, welche die Bundesakte schützte, sind im Entwurf vergessen. An Elementen zum Oberhause fehlt es in Deutschland nicht. — Abg. Planck: Die Stelle des Oberhauses ist bereits durch den Bundesrath ausgefüllt und jenes trotzdem verlangen, heißt nach der konstitutionellen Schablone arbeiten. Die liberale Partei verzichtet schon auf das Nothwendige: soll sie die Verfassung noch durch Amendements wie das des Abg. Zachariä verschlechtern? Abg. v. Sybel: Das allgemene Wahlrecht war stets der Anfang vom Ende, die Wendung zu ihm eine sophistische Beseitigung der wahren liberalen Grundsätze, und gut gemeint eine Anitizipation des tausendjährigen Reiches. Das allgemeine Wahlrecht auf die allgemeine Wahlpflicht zu basiren, ist mehr eine poetische als eine politische Idee; schließt doch die Bestimmung des Alters von 25 Jahren für das aktive Wahlrecht gerade die junge Mannschaft im Dienst aus. Jenes Recht und diese Pflicht lassen sich nicht gliedern, sonst müßten die kommandirenden Generale, die wir hier sehen, auch an der Wahlurne kommandiren. Die allgemeine Wehrpflicht giebt den Anspruch auf alle bürgerlichen, aber nicht auf politische Herrschaftsrechte, nicht auf das Recht, den Gesetzgeber zu machen. Der Cäsarismus ist allerdings die Folge des allgemeinen Stimmrechts; 1850 sagte ein französischer Staatsmann: „bei uns entscheiden nur materielle Kräfte. Die Armee haben wir, den Klerus und die Arbeiter werden wir bekommen; was an geistiger Kraft da ist, bedeutet nichts, wie etwa in Deutschland" Das allgemeine Stimmrecht ist die Diktatur der Demokratie. Ihr Gegentheil ist das deutsche Königthum; aber man soll es durch Zuführung so massiver Elemente nicht verfälschen.

Präsident der Bundes-Kommissare Graf Bismarck: Das allgemeine Stimmrecht ist uns gewissermaßen als ein Erbtheil der Entwickelung der deutschen Einheitsbestrebungen überkommen. Die Reichsverfassung enthielt es, wir stellten es im Jahre 1863 den Bestrebungen Oesterreichs entgegen, und ich kann nur einfach sagen, daß ich kein besseres kenne. Es hat auch seine Mängel, um die vernünftige Volksmeinung vollständig zu photographiren und en miniature wiederzugeben, und die verbündeten Regierungen hängen nicht so an ihm, daß sie nicht ein besseres annehmen würden; aber es ist keines da. Die verbündeten Regierungen haben nicht etwa ein tiefangelegtes Komplott gegen die Bourgeosie mit diesem Wahlgesetze machen wollen, sondern wir nahmen, was vorlag. Was wollen die Herren, die gegen dies Wahlgesetz sind, an seine Stelle setzen, was der Beschleunigung entspricht, die wir bedürfen? Das Dreiklassen-System! Wer seine Wirksamkeit in der Nähe beobachtet hat, der wird mit mir sagen: ein unvollkommeneres, elenderes Wahlgesetz hat es nie gegeben, das alles zusammenwirft, was nicht zusammen gehört und alles auseinanderreißt, was zusammen gehört, das in jeder Kommune etwas Anderes bedeutet, das den einen in die zweite Klasse weist, weil er sieben Silbergroschen weniger Steuer zahlt, als die erste, das in dem einen Wahlort eine erste Wählerklasse schafft, die in dem Nachbarorte die zweite ist. Hätten die Erfinder dieses Systems seine Wirksamkeit gekannt, ich glaube, sie hätten es nicht eingeführt. Eine Härte liegt in jedem Census, da wo er abreißt und die Ausschließung anfängt, zu Ungunsten dessen, der die vorgeschriebene Steuer gern zahlen möchte, aber noch nicht so viel erworben hat, um sie zahlen zu können. Ein ständisches Wahlgesetz hat noch Niemand vorgeschlagen. Im Allgemeinen stimme ich der Ansicht bei, daß alle Wahlgesetze unter denselben Zeitverhältnissen und Strömungen dasselbe Resultat liefern würden, und bin überzeugt, daß, wenn wir heute auf der Basis des vereinigten Landtages, an die Bedingung des zehnjährigen Grundbesitzes gebunden, gewählt hätten, wir hier ungefähr dieselbe Versammlung haben würden. Die Erfahrung zeigt mir seit 1847 dieselben parlamentarischen Männer, sie haben nicht gewechselt, und ich sehe stets dieselben theils lieben, theils kampfbereiten Gesichter wieder. (Heiterkeit.) Das beste Wahlgesetz ist diskutabel, aber wenn wir uns in diese Diskussion vertiefen, müßten wir die Bibliotheken der letzten dreißig Jahre durchsprechen. Die indirekten Wahlen sind eine Fälschung der Wahl und der Meinung der Nation. Von den Halbirungsstufen, die zwischen den Wählern und den Abgeordneten liegen, und auf denen durch den zwiefachen Wahlakt so viel verloren geht, daß der Wahlmann unter Umständen nur die Hälfte der Wähler plus 1, der Abgeordnete nur die Hälfte der Wahlmänner plus 1 und schließlich die Vertretung nur einen Theil der Nation repräsentirt, scheiden wir durch die direkte Wahl wenigstens eine dieser Stufen aus. Zum Aufsuchen des Abgeordneten in weiten Kreisen braucht das Volk seine Intelligenz. Auf den Wahlmann wirkt die lokale Agitation und die Gevatterschaft, die allgemeine Wählerschaft zu gewinnen und auf sie zu wirken, dazu bedarf es eines bekannten Namens und einer bedeutenden Erscheinung. Ich habe den Eindruck, daß diese Versammlung ein Zeugniß dafür ablegt, und hoffe, daß das hohe Haus für diese indirekte Schmeichelei empfänglich sein wird. (Heiterkeit.) Ein Oberhaus wird jedem Konservativen willkommen sein, in welchem die sitzen, die zu viel zu verlieren haben, als daß sie mit dem Staate experimentiren, deren Einsatz für ein solches Spiel zu hoch sein würde. England hat eine große Anzahl solcher königlicher, desinteressirter, auf dem sozialen Gebiet satter Existenzen, die Alles haben, was sie wünschen und sich nur noch frei dem Staate widmen können. Wir aber wollten die Verfassungsmaschine nicht noch durch ein viertes Glied komplizirter machen, dessen Einschiebung zwischen Bundesrath und Reichstag schwer sein würde. Im Bundesrathe sind die einzelnen Staaten als solche vertreten, der König von Preußen als primus inter pares. Den Plan eines Oberhauses, dessen Mitglieder vermehrt werden können, würde ich nie wagen, einem Herrn, wie der König von Sachsen, zu unterbreiten. Unsere Verfassungsmaschine kann schon durch einen Zwiespalt zwischen Bundesrath und Reichstag zum Stillstehen gebracht werden, wie in jedem Zweikammersystem; das Oberhaus schüfe aber ein Dreikammersystem.

Was die Ausschließung der Beamten betrifft, so ist schon von anderer Seite das Bedenken ausgesprochen worden, daß Beamte zu sehr geneigt sind, der Regierung, der sie dienen, im partikularen Sinne zu sekundiren. Für mich ist der Hauptgrund die Gefahr der Lockerung der Disziplin im Beamtenstande. Wir haben in Preußen die Unabsetzbarkeit gewisser Kategorieen aus der Zeit des unumschränkten Regiments in das konstitutionelle System mit hinüber genommen und die Regierung fühlt sich dadurch gehemmt auf allen Seiten Ich möchte am wenigsten der Integrität unseres Beamtenstandes, seinem Selbstgefühl bei oft unzulänglicher Besoldung zu nahe treten, sondern will lieber die Uebelstände einer genirten Regierung noch länger ertragen. Aber wir bedürfen aller Mittel, um die Disziplin des Standes gegen Lockerung zu schützen. Es verbreitet Unbehagen und beweist, daß etwas im Staate krank sein müsse, wenn der Beamte in den öffentlichen Debatten gegen seinen Chef eine Sprache führt, die derselbe Beamte zu wohlerzogen ist, um sie zu Hause gegen seinen Kanzleidiener zu brauchen. (Widerspruch links.) Ich bin für vollkommenen Freimuth im schriftlichen Verkehr des Beamten mit seinem Chef, aber öffentlich darf er mir nicht die Achtung versagen, auf die ich in meiner öffentlichen Stellung Anspruch habe. Für partielle Abhülfe werden unter diesen Umständen die verbündeten Regierungen dankbar sein, wie z. B. das Amendement des Grafen Schulenburg durch Ausschließung der Geistlichen und richterlichen Beamten sie anbietet. Für die Ausschließung der richterlichen Beamten, die mehrere Verfassungen kennen, spricht der Umstgnd, daß Parteikämpfe auf die Unabhängigkeit der Richter nicht ohne Einfluß bleiben können. Ich habe darin eigene Erfahrungen gemacht. Während der letzten Jahre wurden mir oftmals Straferkenntnisse wegen Beleidigung des preußischen Ministerpräsidenten mit dem Auftrage vorgelegt, ob ich ihre Veröffentlichung wünsche. Zuweilen, nicht immer, habe ich sie gelesen und gefunden, daß für Ausdrücke, wie sie ein Handwerker gegen einen anderen Handwerker nicht ungestraft gebrauchen darf, auf eine Geldstrafe von 10 Thalern erkannt worden ist. Für 10 Thaler hatte Jeder die Freiheit, mir die schmachvollsten Beleidigungen zu sagen. Zuweilen wurde als mildernder Umstand angeführt, dies Ministerium tauge wirklich nichts. (Anhaltende Heiterkeit.) Die Aufrechterhaltung des Art. 21 ist für mich keine Kabinetsfrage; aber es würde mich freuen, wenn entweder das Amendement des Grafen Schulenburg angenommen oder das andere, das den Zwangsurlaub für Beamte vorschreibt, abgelehnt würde. — Abg. Dr. Meyer (Thorn): Ich bin zunächst für die Annahme des allgemeinen direkten Wahlrechts als Grunglage der Verfassung, aber mit geheimer Abstimmung; denn ohne geheime Abstimmung wird es dem Wohl der Nation nicht dienstbar werden, da nur die geheime Abstimmung die Freiheit der Abstimmung sichert. — Sodann bin ich aber dafür, daß Alinea 2 des Paragraphen, welches die Wählbarkeit der Beamten ausschließt, gestrichen wird. — Das Motiv für den Ausschluß der Beamten scheinen jene Herren aus den Erfahrungen der preußischen Vergangenheit genommen zu haben. Es erscheint mir aber nichts unrichtiger, als zu exemplifiziren aus den Erfahrungen der letzten Jahre; und ich hoffe, daß bald die Zeit kommt, wo man sagt: Es war eine Ausnahmezeit. Die Indemnität, die den Ministern vom preußischen Abgeordnetenhause ertheilt worden ist, dürfte sich wohl auch beziehen auf Alles, was sonst vorgekommen ist. — Wenn die Wähler nicht recht wissen, wen sie wählen sollen, was, wenn diese Beschränkung angenommen werden sollte, sehr leicht kommen könnte, erhalten wir die sehr bedenkliche Perspektive der Regierungs-Kandidaten, die doch sicher nicht geeignet ist, die wirkliche Meinung des Volkes zum Ausdruck zu bringen. — Der Präsident ertheilt darauf das Wort dem Abg. Schulze gegen die Vorlage. Der allgemeine Ruf nach Vertagung wird laut; der Präsident erklärt jedoch, daß er demselben nicht stattgeben könne, da er das Wort bereits ertheilt habe.

Abg. Schulze: Das Prinzip des allgemeinen gleichen Wahlrechts ist nicht ein politisches Prinzip, sondern ein gesellschaftliches im eminentesten Sinne. Die, welche den Census wollen, möchte ich nur daran erinnern, daß die höchste Steuer, die Blutsteuer, durch die allgemeine Wehrpflicht nicht die zahlen, welche am meisten begütert sind. Das Prinzip des allgemeinen gleichen Wahlrechts ist das Prinzip der freien Arbeit. Seitdem dies letztere durchgedrungen ist in der Geschichte, ist das erstere eine nothwendige Entwickelung auf dieser Bahn. Jetzt fehlen alle Hilfsmittel zum wahren Ausdruck des allgemeinen Wahlrechts, die freie Presse, das Vereinsrecht 2c., deshalb können wir auch über den jetzigen Ausfall ruhig hinwegsehen in die Zukunft; einmal auf die Tagesordnung gesetzt, wird das Prinzip sich selbstwillig entwickeln und gewiß nicht dem Streben abgelebte Staatsformen und Anschauungen wieder etwas aufzufrischen, auf die Länge zu Dinsten stehen. (Beifall links.) Die passive Wahlberechtigung anzutasten, wie es in dem Entwurfe geschieht, heißt übrigens das Recht ganz zerstören; nicht minder geschieht dies durch die Verweigerung der Diäten, indem man durch solche Beschränkungen gehindert wird, den zu wählen, dem man Vertrauen schenkt. Wollen jene Herren das allgemeine Wahlrecht nicht, nun gut, so hülle man die Sache nicht ein, sondern sage es geradezu, daß man einen Census haben will (Beifall); jetzt sagen Sie aber nicht, was Sie wollen; glücklicherweise ist indeß die politische Einsicht unseres Volkes schon so weit gediehen, daß es recht gut weiß, was Sie wollen, so daß Sie wohl schwerlich zu Ihrem Zwecke kommen werden. (Beifall.) Die Beamten auszuschließen, läßt sich also vom Prinzip des allgemeinen gleichen Wahlrechts in keiner Weise rechtfertigen; noch wunderbarer klingt das Amendement Schulenburg: „Die Richter und Geistlichen auszuschließen". Durch den Ausschluß der Beamten vom öffentlichen Leben wird ein Abschluß der Beamten vom Volksleben herbeigeführt und eine neue unheilvolle Beamtenhierarchie gegründet. Ich sehe übrigens gar nicht ein, wenn man den Beamten das passive Wahlrecht nimmt, wieso man ihnen das aktive ausüben läßt. — Ich meine, Sie thun gerade dem guten alten preußischen Beamtenstand den schlechtesten Dienst, wenn Sie den Entwurf annehmen; ich

bitte Sie deshalb, stimmen Sie für den Antrag Hering mit dem Amendement Ausfeld.

Der Schluß wird darauf angenommen; ein Antrag des Abgeordn. Duncker (Berlin) auf Vertagung der Abstimmung abgelehnt und darauf zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag Zachariae wird abgelehnt; dafür stimmen nur ca. 15 Mitglieder, Hannoveraner und Sachsen; das Amendement Brünneck wird gleichfalls abgelehnt; dafür stimmen nur die Abbgg. von Brünneck und von Below; abgelehnt wird ferner das Amendement Carlowitz, dafür stimmt nur die freie parlamentarische Vereinigung; auch der Antrag Hering mit dem Amendemeut Ausfeld wird abgelehnt; angenommen wird dagegen das Amendement Fries (geheime Abstimmung); dafür stimmen auch mehrere Konservative, u. A. die Abbgg. Prinz Friedrich Karl, Vogel v. Falckenstein, v. Moltke; dagegen stimmt mit den Ultra-Konservativen Abg. von Vincke (Hagen); darauf wird Alinea 1 mit dem Amendement Fries mit großer Majorität angenommen; dagegen stimmt wieder der Abg. von Vincke (Hagen). Sodanu wird das Amendement Henckel v. Donnersmarck angenommen; dafür die Linke, die National-Liberalen, die freie parlamentarische Vereinigung, fast sämmtliche außerpreußische Abgeordnete, ein Theil der Altliberalen und Konservativen; dagegen nur die Ultro-Konservativen in Gemeinschaft einzelner Altliberalen, u. A. der Abbgg. v. Vincke (Hagen) und Duncker (Halle). Sodann wird der ganze § 21 mit den beschlossenen Aenderungen mit großer Majorität angenommen; dagegen nur einige Konservative mit dem Abg. v. Vincke-Hagen.

Schluß der Sitzung 4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. T.-O.: Fortsetzung der Vorberathung des Verfassungs-Entwurfs Tit. V. und VI., sowie Wahlprüfungen.

Karlsruhe, 25. März. Im Lande bemüht man sich gegenwärtig vielfach um die Bildung einer festen Partei im national-preußischen Sinne. Die Stimmung im Volke wächst sehr stark für das vom Norden begonnene Einigungswerk, das kann Jedermann an seinem Umgangskreis täglich erproben. In der zweiten Kammer, beziehungsweise deren Mitglieder, würde der natürliche Kern für eine solche Parteibildung liegen. Erschwert wird sie namentlich durch den Umstand, daß man sich mit der Regierung einig weiß und somit nur schwer Gegenstände der Initiative findet. Für die Bewahrheitung der Volksstimmung wäre aber ein neues Parteileben von hohem Werth.

Ausland.

London, 27. März. Die bedrohlichen Zustände, welche in Spanien herrschen, spiegeln sich in folgendem, hier veröffentlichten Briefe aus Madrid vom 18. d. M. wieder: „Es ist ein bedeutsames Kennzeichen der Lage, daß die Presse trotz der über ihr schwebenden Gefahren sich nicht scheut, von der Entthronung der Königin zu sprechen und Winke zu geben, daß eine Revolution in Bälde die Wünsche des Landes erfüllen wird, wenn eine freiwillige Abdankung ihr nicht zuvorkommt. Dies ist der Sinn eines Artikels in dem Relampago, dem geheimen Blatte, dessen Unterdrückung noch nicht gelungen ist und das Absatz findet. Gegen die Armee zieht es scharf zu Felde, und die Minister nennt es Lakaien der Bourbonen; Spanien, sagt es, sei müde der es beherrschenden militärischen Abenteurer, die nicht eher zufrieden gestellt seien, als bis sie sich an Blut und Reichthümern übersättigt hätten. Es ist leicht zu sehen, wohin das Alles hinaus will. Die Krisis steht bevor; sie ist sogar auf heute, als auf den Vorabend des heiligen Josephs-Festes angesagt; doch habe ich lange genug in Spanien gelebt, um zu wissen, daß solche Prophezeihungen öffentlicher Demonstration nie eintreffen. Jeder Tag bringt neue Verhaftungen, neue Entdeckungen verborgener Waffenvorräthe; die Kerker sind überfüllt von Gefangenen, der Handel liegt gänzlich darnieder, Jeder, vom höchsten Adligen bis herab zum niedrigsten Tagelöhner, leidet unter den Verhältnissen; Jeder ist unzufrieden, Jeder murrt. Die Königin giebt sich zwar bei ihren Spazierfahrten den Anschein, als habe sie keine Eskorte; in den Promenaden aber schwärmt es von geheimen Polizisten in den verschiedensten Verhüllungen. In gewissen Kreisen geht das Gerücht, O'Donnell sei im Begriffe, nach Madrid zurückzukehren. Mit Einem Worte: Alles ist düster, und die Gefahr steht vor der Thür."

Florenz, 26. März. Der Senat ist am 23. als hoher Gerichtshof in Sachen Persano's zusammengetreten und hat beschlossen, die öffentliche Verhandlung bis zum 1. April zu vertagen.

Kopenhagen, 25. März. (Post.) Der Kronprinz hat den Reichstag in einer Zuschrift von der Rekonvalescenz seiner älteren Schwester, der Prinzessin von Wales, benachrichtigt. — In der letzten Sitzung der zweiten Reichstags-Kammer (des Volksthings) wurden zur Fortführung des Baues der Seebefestigungen von Kopenhagen 136,000 Thlr. preußisch bewilligt. — An die Stelle des wegen hohen Alters pensionirten Konferenzraths Frölich ist der hiesige Wechselmakler Henrichsen zum Direktor der dänischen Nationalbank gewählt worden. — Laut telegraphischer Meldung ist im mittleren Jütland in der verwichenen Nacht wiederum so viel Schnee gefallen, daß der Eisenbahnverkehr auf der Linie Randers-Aarhus dadurch vollständig behindert worden ist.

Newyork, 16. März. Der Senat verwarf die Ernennung Cowan's zum Gesandten in Wien. — Die Neger-Krawalle in Williamsburg sind beendigt. Es wird ein Fenierangriff auf Kanada befürchtet.

Pommern.

Stettin, 29. März. In der gestrigen Versammlung des Bürger-Vereins wurde nach längerer Debatte der Beschluß gefaßt, die auf der Tagesordnung stehende Verlesung und Diskutirung der Brochüre des Herrn Prince-Smith über „das Kreditwesen" bis zu einer der nächsten Sitzungen zu vertagen, weil von verschiedenen Seiten die — unseres Erachtens auch sehr richtige — Ansicht aufgestellt wurde, daß die Behandlung jener Angelegenheit in dieser Sitzung sehr leicht als eine Agitation für die heutige Parlamentswahl zu Gunsten des Verfassers der Brochüre angesehen werden könne. Auffallender Weise faßte der Vorsitzende des Vereins, Buchbindermeister Herr Müller, den desfallsigen Beschluß als ein gegen seine Vereinsthätigkeit ausgesprochenes Mißtrauen auf und bestand ungeachtet der ihm von den Anwesenden abgegebenen, jener Auffassung entschieden widersprechenden Erklärung darauf, sein Amt als Vorsitzender niederlegen zu wollen. — Mit Bezug auf vorliegende Fragen, faßte der Verein demnächst die Resolution: 1) „daß die Wiederherstellung der Moritz'schen Fluß-Bade-Anstalt, wenn auch nur in beschränkterem Umfange, sowie eine möglichste Erweiterung der öffentlichen Bade-Anstalten dringend nothwendig", 2) daß die Anschaffung eines besonderen Kinder-Leichenwagens, in dem die Leichen aus ästhetischen und sanitätspolizeilichen Rücksichten getrennt von den dieselben begleitenden Angehörigen befördert werden können, wünschenswerth sei."

— In der gestrigen Generalversammlung der Aktionäre der Stettiner Speicher-Aktien-Gesellschaft wurde beschlossen, eine Dividende von $8\frac{1}{2}$ pCt. pro 1866 auszuzahlen. Die noch bei dem Gewinne überschießenden 327 Thlr. 21 Sgr. sind zum Reserve-Reparatur-Fonds geschlagen, welcher jetzt 627 Thlr. 21 Sgr. beträgt. Der Reserve-Fonds bleibt unverändert 8644 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. Das durch das Loos ausscheidende Direktions-Mitglied, Herr Stadtrath Carl Becker, wurde mit Akklamation wieder gewählt, ebenso die Rechnungs-Revisoren, die Herren Franz Meyer und Hermann Hoffmann, zu denen noch durch Neuwahl Herr S. J. Saalfeldt kam.

— Gestern wurde das Hotel zum „Deutschen Hause" subhastirt. Der Fleischermeister Jansen blieb mit seinem Gebote von 42,150 Thlr. Meistbietender.

— Nach der Lokalpolizeiordnung dürfen Spiegel beim Transport über die Straße zur Vermeidung des Abprallens der Sonnenstrahlen nur verdeckt getragen werden. Es sind gestern zwei Fälle vorgekommen, in denen ein Verstoß gegen diese Vorschrift polizeilich festgestellt worden ist und machen wir auf dieselbe deshalb besonders aufmerksam.

— Wie wir hören, wird der amerikanische Konsul Herr Sundell binnen Kurzem Stettin verlassen und sich nach Warschau begeben. Sein hiesiger Nachfolger ist noch nicht bekannt.

— Die gestern gemeldete Verhaftung des Arbeiters Ewald aus Grabow steht mit der wegen des Mandelkower Diebstahls bereits vor mehreren Tagen erfolgten Verhaftung der Arbeiter Sterling (Vater und Sohn) im Zusammenhange. Die betreffenden Personen sind geständig, gemeinschaftlich verschiedene Diebstähle, u. A. auch denjenigen bei dem Fuhrherrn Schultz auf der Lastastie verübt zu haben, nur bestreiten sie hartnäckig, im Schultz'schen Comptoir die derzeit als entwendet angegebene Geldsumme, sondern nur 9 Pf. vorgefunden zu haben.

— Das am 23. d. M. von Herrn Kettner in seinem Lokale zum Besten der Kinderheil- und Diakonissen-Anstalt veranstaltete Konzert hat einen Ertrag von 17 Thlr. 5 Sgr. gewährt, welcher der Königlichen Polizei-Direktion eingehändigt ist.

— In Bugewitz, Synode Anclam, ist der Küster und Lehrer Benler, und in Somersdorf, Synode Pencun, der Küster und Schullehrer Fiebelkorn fest angestellt.

— Der Regier.-Assessor Jentzsch ist von der Kgl. Regierung zu Frankfurt a. O. an die Kgl. Regierung zu Stettin versetzt worden. — Der frühere Regierungs-Referendarius v. Manteuffel ist zum Regierungs-Assessor ernannt und der Kgl. Regierung zu Stettin überwiesen worden. — Der bisherige Kreis-Sekretär Ernemann in Greifenhagen ist zum Königl. Domänen-Rentmeister in Pyritz, vom 1. April d. J. ab, ernannt worden. — Der Proviant-Amts-Kontroleur Apstein von Stettin ist als Reserve-Magazin-Rendant nach Tilsit versetzt und mit der Wahrnehmung der hiesigen Kontroleur-Geschäfte der bisherige Depot-Magazin-Verwalter Schoringer aus Nauen betraut.

— Der bisherige Predigtamts-Kandidat Borchardt ist zum Diakonus in Falkenburg und Pastor in Dietersdorf ernannt und in seine neuen Aemter eingeführt worden. — Der Pastor Bechtold, bisher in Dzincelitz, Synode Lauenburg, ist zum Pastor in Charbrow, derselben Synode, ernannt und in dies ihm verliehene neue Pfarramt eingeführt worden.

Stargard, 30. März. Das diesjährige Kreis-Ersatz-Geschäft im Saatziger Kreise wird folgendermaßen abgehalten werden: I. Loosungs-Bezirk. Antheil des Königl. 1. Bataillons (Stargard) 2. pommerschen Landwehr-Regiments Nr. 9: am 4., 6. und 7. Mai d. J. Musterung in Stargard, am 8. Mai Loosung daselbst. II. Loosungs-Bezirk. Antheil des Königl. 3. Bataillons (Schivelbein) desselben Landwehr-Regiments: am 15. April c. Musterung in Nörenberg, am 16. April c. Musterung in Jakobshagen, am 17. April c. Musterung in Zachan, am 18. April c. Musterung in Freienwalde, am 23. April c. Loosung ebendaselbst.

† **Pyritz**, 28. März. Die Ostern 1860 von Fräulein B. Wangemann begründete höhere evangelische Privattöchterschule hat sich, trotzdem daß hier eine sorglich gepflegte öffentliche Töchterschule besteht, in der kurzen Zeit ihres Bestehens recht erfreulich entwickelt, so daß sie jetzt circa 100 Schülerinnen zählt, die in 5 Klassen von 8 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet werden. Die am 27. März abgehaltene öffentliche Prüfung, an welcher außer einer großen Anzahl betheiligter Mütter und Väter auch der Ephorus der Synode Hr. Schlichting und andere Geistliche und Lehrer Theil nahmen, gab ein recht deutliches und erfreuliches Bild von dem auf christlicher Grundlage ruhenden Geiste der Anstalt, so wie von den wohlbefriedigenden, theilweise vorzüglichen Kenntnissen und Leistungen der Schülerinnen, insbesondere auch in den Sprachen (Französisch, Englisch, Muttersprache) und in den damit verbundenen Vorträgen und Recitationen. Die ganz auf sich angewiesene Anstalt hat sich des Vertrauens, das sie bis jetzt erfahren, durchaus würdig bewiesen, und es wird der Segen, den sie für viele Familien der Stadt und Umgegend hat, in immer weiteren Kreisen anerkannt. Mit der Anstalt ist auch ein Pensionat verbunden. — Heute wurde an Stelle des verstorbenen Oberpredigers Engel der Prediger Berg in Alt-Damm mit 6 Stimmen gewählt.

Polzin, 27. März. Auf dem Gute Kl. Dewsberg stürzte in voriger Nacht die von Pisé erbaute Wand eines Stallgebäudes ein, wodurch zwei Menschen, die in dem Gebäude schliefen, verschüttet sind. Der eine wurde todt und der andere schwer verletzt aus den Trümmern hervorgezogen.

Körlin, 27. März. Am 23. d. Mts. Abends um 10 Uhr wurde die Frau des Bäckermeisters Witte hier, welche allein mit einem Einspänner-Fuhrwerke von Kolberg kam, auf der Chaussee neben den Dassower Fichten von einem Strolche, der sich durch Verhüllung des Gesichts unkenntlich gemacht hatte, angefallen und ihres Geldes — etwa 15 bis 16 Thaler — beraubt. Die Frau liegt in Folge der ausgestandenen Angst und einiger Kontusionen krank.

Vermischtes.

Berlin. Hiesige Blätter warnen vor zwei jungen Frauenzimmern, die stets in tiefe Trauer gekleidet, mit weißen Glacé-Handschuhen, sich an den Orten einfinden, wo große Beerdigungs-Feierlichkeiten stattfinden, nachdem ihnen das „Intelligenzblatt" Kenntniß davon verschafft hat. Sie wohnen denselben als Leidtragende bei, nehmen auch Theil an den üblichen Torten, Konfitüren und Getränken. Bei dieser Gelegenheit verschwinden silberne Gabeln, Messer, Löffel u. s. w. in ihre weiten Taschen.

— (Seltsame Freiwillige.) Ganz eigenthümlich gehen die mexikanischen Heerführer der Juaristen vor, wenn ihre Abtheilungen einer Komplettirung bedürfen. In größeren Städten, woselbst Theater sich befinden, werden an einem Abende, wo letztere ganz besonders gefüllt sind, vor dem Schlusse der Vorstellung sämmtliche Ausgänge mit Soldaten besetzt. Alles, was dann von dem männlichen Publikum der geringeren Plätze nur halbwegs gerade Glieder hat, wird als „Freiwilliger" gepreßt, in die Kasernen geführt, daselbst adjustirt, und ist nun Soldat. Diese Art Freiwillige sind stets in den Kasernen konsignirt und strenge bewacht, und doch laufen nicht Alle bei dem ersten Schusse davon, da sie wissen, daß ihnen von Seite des Gegners mitunter dasselbe Loos droht. Ein Kaiserlich mexikanischer Offizier, der kürzlich nach Europa zurückgekommen, erzählte, daß er in dem Hause eines Dorfes, aus dem seine Abtheilung kurz vorher eine Schaar von Juaristen vertrieben hatte, einquartiert, auf dem Boden eine Menge Papiere, Rechnungen und dergleichen fand, welche errathen ließen, daß hier das Kommando der verscheuchten Feinde gehaust hatte. Aus Langweile durchblickte er diese Papiere und fand in einer der Rechnungen den charakteristischen Posten: „dreißig Pesos für Stricke zur Transportirung der Freiwilligen."

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 28. März. Der ständische Ausschuß verlangte von der Staatsregierung die Vorlage des preußisch-würtembergischen Bündnißvertrages zur Genehmigung, nicht blos zur Kenntnißnahme.

Prag, 28. März, Nachmittags. Bei den heute beendeten Großgrundbesitzer-Wahlen hat die Verfassungspartei durchweg gesiegt.

Paris, 28. März. Die Kammer beschloß die Abschaffung der Schuldhaft. Die „France" meldet: Der Prinz von Oranien und der Graf von Flandern verschoben die Herreise, weil zur Eröffnung der Ausstellung keine Festlichkeiten stattfinden.

Kopenhagen, 28. März. Der König reist nicht von London nach Paris, wie Zeitungen gemeldet haben, sondern kehrt in kurzer Frist hierher zurück. Prinz Johann tritt Sonnabend die Reise nach Griechenland an. Der König Georg von Griechenland begiebt sich vorerst nach Petersburg, um daselbst seine Verlobung mit der Prinzessin Olga Constantinowna, Tochter des Großfürsten Constantin, zu vollziehen, und kommt im Mai nach Kopenhagen.

Konstantinopel, 28. März. Der zum Empfang der Investitur herkommende Fürst von Serbien wird Sonntag hier erwartet. Der erste Adjutant des Sultans reist dem Fürsten bis zur Grenze zur Begrüßung entgegen.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 29. März. Endgültige Formation des norddeutschen Bundesheeres befindet sich, was die Armeekorps-Eintheilungen, die Armee-Abtheilungen und die Armee-Inspektionen betrifft, noch im Vorbereitungsstadium. Anderweite Nachrichten sind verfrüht.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 27. März, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Elenezer, Krützfeldt von Kiel. Wear (SD), Futter von Sunderland; löscht in Swinemünde. Wind: W. Strom ausgehend. Revier $14\frac{1}{2}$ F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 29. März. Witterung: trübe. Temperatur + 9° R. Wind: SW.

Weizen etwas fester, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 82 bis 86 Rt bez., feiner schwerer 87—88 Rt bez., geringer 72—81 Rt bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 84, $84\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt bez., Mai-Juni 84 Rt Gd., Juni-Juli $84\frac{1}{2}$ Rt bez. u. Br., Septbr-Oktober $79\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ bez.

Roggen loco matt, Termine höher, pr. 2000 Pfd. loco 53—$55\frac{1}{2}$ Rt bez., 1 Ladung vorpommerscher 54 Rt bez., Frühjahr 54, $53\frac{3}{4}$ Rt bez., Mai-Juni 54 Rt bez. u. Br, Juni-Juli $54\frac{1}{2}$ Rt bez. u. Br., 54 Rt Gd.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Rüböl wenig verändert, loco 11 Rt Br., $10\frac{11}{12}$ Rt bez., April-Mai $10\frac{5}{6}$ Rt Br. u. Gd., Mai 11 Rt bez. u. Gd., Juni-Juli $11\frac{1}{6}$ Rt bez., September-Oktober $11\frac{1}{2}$ Rt Br. u. Gd.

Spiritus fest und höher, loco ohne Faß $16\frac{3}{4}$, $\frac{5}{6}$ Rt bez., Frühjahr $16\frac{11}{12}$, 17 Rt bez., Mai-Juni 17 Rt Gd., Juni-Juli $17\frac{1}{6}$, $\frac{1}{4}$ Rt bez.

Berlin, 29. März, 1 Uhr 55 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine $83\frac{5}{8}$ bez. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % 100 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 140 bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien $94\frac{1}{4}$ Br. Oesterr. National-Anleihe 55 bez. Pomm. Pfandbriefe $89\frac{3}{4}$ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien $189\frac{1}{2}$ bez. Amerikaner 6% $79\frac{1}{2}$ bez.

Roggen März $57\frac{1}{4}$ bez., 57 Br., Frühjahr $56\frac{1}{2}$, $55\frac{7}{8}$ bez., Mai-Juni $56\frac{1}{2}$, $55\frac{3}{4}$ bez. Rüböl loco $11\frac{1}{6}$ bez., März $11\frac{7}{12}$ Br., 11 Gd., April-Mai $11\frac{1}{8}$, $\frac{1}{12}$ bez., Septbr.-Oktober $11\frac{23}{24}$ bez. Spiritus loco $17\frac{11}{24}$ bez., März-April $17\frac{1}{3}$ bez., $17\frac{1}{6}$ Br., April-Mai $17\frac{1}{3}$ bez., $\frac{1}{6}$ Gd., Mai-Juni $17\frac{3}{8}$, $\frac{1}{4}$ bez.

Hamburg, 28. März. Getreidemarkt. Weizen loco flau, auf Termine sehr flau. Pr. März 5400 Pfd. netto 152 Bankothaler Br., $150\frac{1}{2}$ Gd., pr. Frühjahr 144 Br., $143\frac{1}{2}$ Gd. Roggen loco ruhig, auf Termine fest. Pr. März 5000 Pfd. Brutto 94 Br., 92 Gd., pr. Frühjahr 90 Br. u. Gd. Hafer matt und geschäftslos. Oel stille, pr. Mai $24\frac{5}{8}$, pr. Oktober $25\frac{1}{2}$. Spiritus unverändert. Kaffee geschäftslos. — Feuchtes Wetter.

Amsterdam, 28. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen fest. Raps pr. Oktober $68\frac{1}{2}$.

Stettin, den 29. März.

Hamburg	6 Tag.	$151\frac{3}{8}$ bz
"	2 Mt.	151 B
Amsterdam	8 Tag.	$143\frac{1}{2}$ G
"	2 Mt.	$142\frac{7}{8}$ B
London	10Tag.	6 $24\frac{7}{8}$ B
"	3 Mt.	—
Paris	10 Tg.	$81\frac{1}{3}$ B
"	2 Mt.	—
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	$89\frac{3}{4}$ B
Wien	8 Tag.	—
"	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4	Lomb. $4\frac{1}{2}$ %
Sts.-Anl.54 57	$4\frac{1}{2}$	—
" "	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—
Pomm.Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	78 G
" "	4	$89\frac{7}{8}$ G
" Rentenb	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	93 B
Berl.-St. E. A.	4	—
" Prior.	4	—
" "	$4\frac{1}{2}$	—
Starg.-P.E.A.	$4\frac{1}{2}$	$94\frac{1}{4}$ G
" Prior.	4	—
St. Stadt-O.	$4\frac{1}{2}$	$98\frac{1}{2}$ B

St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspielh.-O.	5	—
Pom. Chausseeb.-O.	5	—
Used. Woll. Kreis-O.	5	—
St. Strom-V.-A.	4	—
Pr. National-V.-A.	4	115 B
Pr. See-Assecuranz	4	—
Pomerania	4	116 B
Union	4	102 bz
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	625 B
N. St. Zuckersied.	4	—
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower "	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp G.	5	200 B
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	93 B
Germania	4	100 B
Vulkan	4	85 G
St. Dampfmühle	4	100 B
Pommerensd. Ch. F.	4	—
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	—